

Erklärung des „Bielefelder Bündnisses gegen Rechts“

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW erhalten und langfristig sichern!

Seit dem Jahre 2008 gibt es im Land Nordrhein Westfalen eine „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten seitdem unverzichtbare Unterstützung bei der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, mit Diskriminierung und Ausgrenzung.

Häufige Gründe für Anfragen an die Mobile Beratung sind das Auftauchen rechter Propaganda, Drohungen, Unsicherheiten beim Umgang mit rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen beispielsweise an Schulen oder in Vereinen, Sachbeschädigungen mit entsprechenden Hintergründen oder Veranstaltungen extrem rechter Vereinigungen und Parteien.

Die regionale Beratungsstelle für Ostwestfalen-Lippe beim Vlothoer AKE-Bildungswerk hat in den vergangenen Jahren mehr als 80 Beratungsfälle bearbeitet und in diesem Rahmen Vereine, Parteien, Verwaltungen, Schulen, Bündnisse und Einzelpersonen beim Umgang mit Rechtsextremismus unterstützt. Auch das „Bielefelder Bündnis gegen Rechts“, das aus mehr als 30 Organisationen, Institutionen und Vereinen besteht, arbeitet seit seiner Gründung sehr gut und konstruktiv mit der Mobilen Beratungsstelle zusammen. Wir halten es für einen großen Skandal dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung der „Mobilen Beratung“ zum 31. Dezember 2013 einstellen will.

Das Bekanntwerden der NSU-Mordserie, fortgesetzte Gewalttaten von Neonazis, Aktivitäten extrem rechter Parteien und Vereinigungen, aber auch hohe Zustimmungswerte zu extrem rechten Positionen in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ verdeutlichen eindringlich, dass in unserer Gesellschaft ein dringender Bedarf an einer langfristig gesicherten, kontinuierlichen und kompetenten Arbeit gegen Rechtsextremismus vorhanden ist.

Wir fordern das Bundesfamilienministerium daher dazu auf, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW dauerhaft zu fördern. Von der Landesregierung erwarten wir zudem, wie im rot-grünen Koalitionsvertrag vorgesehen, den schnellstmöglichen Beschluss eines umfassenden Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus, in das die Mobile Beratung einzubinden ist.

Bielefeld, 29. 01. 2013